

Monatsspiegel

Februar 2006



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Kommunalpolitische Zwischenbilanz der SPD-Fraktion:

„Wir wollen mehr für Erlangen...“

Stadtgestaltung findet nicht im Politikreservat statt. Was hier geht oder auch nicht, hängt ganz entscheidend von den Rahmenbedingungen ab, die die Politik in Bund und Land setzt. Zwischen der „Halbzeit“ im Mai 2005 und der „Zwischenbilanz“ heute hatten wir einen Regierungswechsel. **Statt Rotgrün regiert in Berlin jetzt Schwarzrot.** Die rotgrüne Finanzpolitik hat deutliche Einnahmeverbesserungen für die Kommunen gebracht, auch hier in Erlangen. Nach diesem guten Einstieg muss die **Gemeindefinanzreform** von der großen Koalition unbedingt fortgesetzt werden. Und mehr noch: Das **Konnexitätsprinzip** („Wer bestellt, bezahlt...“) muss endlich auch für Bundesgesetze gelten. Wie war das doch gleich vor ein paar Tagen? Die CDU-Familienministerin spricht sich vehement für gebührenfreie Kindergärten aus. Schon lange eine bildungspolitische Forderung der SPD. Nur: Wer soll das bezahlen? Solange

nicht eine solide Finanzausstattung mitgeliefert wird – wie z.B. beim „Reinate-Schmidt-Programm“ zum Ausbau der Ganztagsbetreuung – bleiben solche Forderungen hohler Populismus.

Und Bayern?weiter tiefschwarz. Hier bleibt leider alles beim Alten: Der Ministerpräsident und seine Haushaltspolitik auf Kosten der Kommunen. Dazu zwei „Kostproben“:

-Durch verschiedene Maßnahmen der rotgrünen Bundesregierung im Zuge der Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleiches mit dem Ziel, die Schlüsselzuweisungen für die Kommunen zu erhöhen, hat Bayern bereits seit 2005 400 Mio Euro mehr in der Kasse. Ab 2006 könnten die Städte und Gemeinden, die mit 38% an der Solidarumlage beteiligt sind, gänzlich von dieser Abgabe befreit werden. Der größte Teil dieses Geldes wird jedoch zur Entschuldung in den Staatshaus-

halt gesteckt. Ein paar Brosamen werden nach unten weitergereicht, höhere Raten gibt es erst 2008 vor der nächsten Landtagswahl.

-Mit dem Programm der rotgrünen Bundesregierung zum Ausbau der Ganztagsbetreuung (IZBB) sollte den Kommunen schnell und wirksam geholfen werden. Da aber der Bund laut Grundgesetz keine direkten Finanzbeziehungen zur untersten Politikebene haben kann, muss das Geld über die Länder ausgereicht werden. In Bayern geht das so: 100% kommen aus Berlin, 50 – 70 % kommen in Erlangen, Nürnberg und anderswo an. Die Differenz wird von der Staatsregierung als „Durchleitungsgebühr“ einbehalten.

Bayern als eines der reichsten Bundesländer steht daher mit den **Schlüsselzuweisungen** an seine Städte und Gemeinden bundesweit an vorletzter Stelle. Die CSU-Lobpreisung vom aktuel-

Februar

1	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	S. 17
4	14.00	Museumswinkel	Stadtratsfraktion Rundfahrt	
7	20.00	AWO, Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaurach	S. 14
7	20.00	Kulisse	Distrikt Innenstadt	S. 15
14	20.00	FSV Bruck	Distrikt Bruck	S. 14
14	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 15
16	17.00	August-Bebel-Haus	60plus	S. 16
16	20.00	BSC, Schallershofer Str.	Kreismitgliederversammlung	S. 7
21	20.00	Schützenheim	Distrikt Eltersdorf	S. 14
22	20.00	Gaststätte „Zur Einkehr“	Distrikt West	S. 16

März

7	20.00		Distrikt Innenstadt	S. 15
12	11.00		Frauenempfang des UB Erlangen	
14	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 15
23	20.00		Jahreshauptversammlung	

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe März 2006
16. 2. 2006**

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.: 09131 303090
 e-mail: monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

700 Stück

len Staatshaushalt ohne Neuverschuldung ist nichts Anderes als modernes Raubrittertum auf Kosten der Kommunen, aber auch des Bundes.

Wir wollen mehr für Erlangen:

Eine dauerhafte und solide Finanzausstattung

Eine aktive und kreative Finanzpolitik

Städte und Gemeinden brauchen dauerhaft eine solide Finanzausstattung, aber auch eine aktive und kreative Finanzpolitik „vor Ort“. Das gilt erst recht für Erlangen. Die CSU/FDP/FWG-Mehrheit und der Oberbürgermeister haben ebenso wie die CSU im Landtag das „Spardiktat“ zum Maß aller Dinge gemacht. Sie geben vor, damit Finanzspielräume für die Gegenwart und die Zukunft zu gewinnen. Diese Wahlversprechen wurden trotz verbesserter Steuereinnahmen nicht gehalten. Bei der Investitionsquote sind wir auf einem historischen Tiefstand, der Investitionsstau bei Gebäuden und Infrastruktur ist gewaltig. Aufgrund des Personalabbaus hat die Arbeitsverdichtung in der Stadtverwaltung enorm zugenommen, die Motivation der MitarbeiterInnen nimmt kontinuierlich ab. Das hat u.a. auch Auswirkungen auf die Ausbildung. Wurden bisher jährlich noch junge Leute über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet, ist damit ab 2006 Schluss. Eine Reihe von MitarbeiterInnen, die gleichzeitig AusbilderInnen sind, hat dafür nicht mehr genug Zeit. Dabei sollte die Stadt doch der Wirtschaft mit gutem Beispiel vorangehen!

Im bundesweiten Vergleich mit anderen Städten steht Erlangen ausgesprochen gut da. Das hob sogar Bundespräsident Horst Köhler beim 100jährigen Jubiläum des deutschen Städtetages in Berlin im Mai 2005 hervor. Die Feststellung „Erlangen geht es verhältnismäßig gut“ verband er mit der „unbedingten Pflicht“, im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Pflege der Infrastruktur Investitionen vorzunehmen.

Die **SPD-Fraktion** hat wie seit 1996 auch seit 2002 erneut jedes Jahr ein

eigenes Haushaltskonzept vorgelegt. Es wurde zwar jeweils von der Mehrheit abgelehnt, aber bei den Jahresabrechnungen werden wir immer wieder bestätigt: Unsere Konzepte sind tragfähig und bezahlbar! **Wir setzen auf Investitionen statt auf Schuldenabbau.** Wir sind auch bereit, eine maßvolle Neuverschuldung dafür in Kauf zu nehmen. **Kreativ sparen** heißt für uns z.B., durch Sanierung und effiziente Energiebewirtschaftung Unterhaltskosten für Gebäude einzusparen. Damit können Kreditzinsen in der Regel locker finanziert werden. Kreativ sparen heißt aber auch, lieber mehr vorbeugende Jugendarbeit zu finanzieren oder die Altenbetreuerinnen und damit die Nachbarschaftshilfe in den Stadtteilen zu fördern als später große (und explosionsartig wachsende!) Summen für Heimunterbringung o.ä. ausgeben zu müssen. (Mehr zum Thema „Finanzen“ gibt’s im nächsten Heft von Florian Janik, dem finanzpolitischen Sprecher unserer Fraktion).

Wir wollen mehr für Erlangen:

Lebensqualität, Beteiligung, Gerechtigkeit,

Raum für Visionen

Liebe Genossinnen und Genossen, „Schulden machen“ ist negativ besetzt. Wer vom „Sparen“ redet, kommt gut an, erst recht in einer Gesellschaft, in der die Privatinsolvenzen inzwischen ein erschreckendes Ausmaß erreicht haben. Das beschwichtigt die eigenen Existenzängste, vor allem der Vielen, die in Sorge um ihren Arbeitsplatz sind, keine Arbeit haben oder nur wenig Rente. Das stelle ich in Gesprächen immer wieder fest.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre ist es, uns aktiv öffentlich auseinander zu setzen mit den fatalen Folgen, die hinter dem „Sparen um jeden Preis“ stecken: Die kommunale Infrastruktur, das Gemeineigentums, das uns allen gehört, wird entwertet. Über die Stadtentwicklung entscheiden private Investoren. Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten werden eingeengt, öffentliche Strukturen und Dienstleistungen reduziert. Parallel dazu nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich zu, durch zu wenig Förderung werden Chancen ungleich

verteilt. Hier einige Beispiele: Rund 1000 unter 25-Jährige sind ohne Ausbildung und Arbeit. die Wartereihen bei der Erlanger Tafel werden immer länger, viele alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern sind darunter. Die Kleiderkammern der Wohlfahrtsverbände boomen. Immer mehr MieterInnen mit geringem Einkommen können ihre Miete nicht mehr bezahlen. Die bereits sichtbare Spaltung der (Stadt)gesellschaft droht zum Dauerzustand zu werden.

Wir brauchen eine gut ausgebaute Infrastruktur, öffentliche Strukturen, Netzwerke und Dienstleistungen, um der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Es geht darum, Integration zu fördern. Das heißt Demokratie sichern. Das ist unsere Vision.

Statt sich mit diesen Aufgaben aktiv und offensiv auseinander zu setzen, führen die CSU/FDP/FWG-Mehrheit und der Oberbürgermeister allenfalls Gespräche oder erklären auch öffentlich auf Bürgerversammlungen, dass für Zukunftsprojekte dieser Art kein Geld da ist.

Sie beschwören die Zusammenarbeit, sogar interkommunal. Tatsächlich jedoch werden innerhalb der Stadtgrenzen fast geräuschlos bewährte Kooperationsstrukturen abgebaut. Stadt, Universität, Wirtschaft und Gewerkschaften haben jahrelang in demokra-

Fortsetzung auf Seite 6

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	7
Antrag - Rechtsstaat sichern ..	8
Peter-Zink-Preis	10
Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen	12
Konzerne eignen sich die Welt an - ein Interview	13
Aus den Distrikten	14
Aus den Arbeitsgemeinschaften	17
Geburtstage	19
Aus dem Stadtrat	22

Wir wollen mehr ...

Erlangen
SPD

für Erlangen

Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind wichtige Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen. Wir setzen uns ein für

- bezahlbaren Wohnraum und sozialverträgliche Mieten - statt Haushaltssanierung auf Kosten der GeWoBau
- den Erhalt von Bildungschancen für Menschen aus allen Gesellschaftsschichten durch Stärkung der Bildungseinrichtungen, besonders der Volkshochschule - statt Mittelkürzungen und überhöhte Kursgebühren
- die Gleichstellung von Frauen und Männern und Verankerung des Gender Mainstreaming in allen gesellschaftlichen Bereichen - statt Schwächung der Bürgerinnenbeteiligung durch Aufgabe der Bürgerinnenversammlung
- ein selbstbestimmtes Leben im Alter durch seniorengerechte Beratungs- und Betreuungsangebote - statt Abbau der Altenbetreuerinnen
- umfassende Kinderbetreuung für alle Altersgruppen und Ausbau von Ganztagschulen - statt Sparen an der Zukunft unserer Kinder
- die Sanierung der Erlanger Schulen, um allen Schülerinnen und Schülern gleiche Voraussetzungen zu bieten - statt konzeptlosem Flickwerk und Punktueller Mängelbeseitigung

Raum für Visionen

Eine Stadt, die sich nur dem Spardiktat unterwirft, wird rasch gesellschaftlich verarmen. Erlangen darf nicht nur „verwaltet“ werden, unsere Stadt braucht auch Visionen. Wir setzen uns ein für

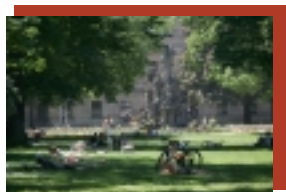
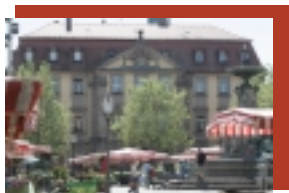
- den zeitgemäßen Ausbau des Radwegenetzes und des öffentlichen Nahverkehrs mit Bus und Stadt-Umland-Bahn - statt Bau der Kosbacher Brücke und einseitiger Bevorzugung des Autoverkehrs
- die Weiterentwicklung des Erlanger Kulturprofils mit dem Museumswinkel - statt kultureller Entkernung der Innenstadt
- Erhalt und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch verantwortungsvolle Nutzung der vorhandenen finanziellen Spielräume - statt Investitionsstau, Spardiktat und Privatisierungswut
- eine ökologische und menschengerechte Stadtplanung, die den Charakter der Stadtteile prägt und erhält - statt Wildwuchs nach Investorenlage
- Raum für Spiel, Sport, Freizeit und Kultur für Jung und Alt - statt Events nach Sponsorenlage

it

R

L

Lebensqualität



Erlangen bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern ein reizvolles Umfeld, ihr Leben gesund und abwechslungsreich zu gestalten. Diese Möglichkeiten müssen besser genutzt werden. Wir setzen uns ein für

- eine Innenstadt mit heimischem Einzelhandel und internationalem Flair, in der man sich gerne aufhält und die einen kulturellen Mittelpunkt unserer Stadt darstellt - statt Mittelmaß in den Erlanger Arcaden
- einen wirksamen Lärmschutz entlang der Bahntrasse und der Autobahnen - statt sechsspurigem Ausbau des Frankenschnellwegs
- für lebendige Stadtteile mit guten Einkaufsmöglichkeiten und aktiver Stadtteilkultur - statt Vernachlässigung der Stadtteilentwicklung

Die Erlangerinnen und Erlanger wissen genau, was für sie und unsere Stadt gut ist. Wir setzen uns ein für

- rechtzeitige Bürgerbeteiligung in wichtigen Fragen der Stadtentwicklung - statt Nachbesserungen durch Bürgerbegehren
- partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Metropolregion und zwischen Stadt und Landkreisen - statt Kirchturmpolitik durch höhere Gebühren und Ausgrenzung für Auswärtige

teiligung

- offenen Dialog mit Vereinen, Bürgerinitiativen, Universität, Kirchen, Mittelstand, Wirtschaft und Gewerkschaften - statt Vetternwirtschaft und Kumpanei
- die Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus allen Teilen der Welt, getreu dem Motto „Offen aus Tradition“ - statt Abschaffung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts für Kinder

Fortsetzung von Seite 3

fisch entwickelten Strukturen partnerschaftlich zusammengearbeitet. Das war einmal.

Der „Runde Tisch Wirtschaft“ besteht nicht mehr, die Kompetenzinitiative „Medizin, Pharma, Gesundheit“ wird Schritt für Schritt durch den „medical-valley-Beirat“ ersetzt, in der „Erlangen AG“, der neuen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, sind Gewerkschaften oder wenigstens Betriebsräte als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen gar nicht vorgesehen.

Anstelle von offenem, verbindlichem Dialog sind abgeschottete Zirkel ohne Transparenz der Trend, gepaart mit Elite-Euphorie. Den Jüngern dieser Lehre sei eine alltägliche Erkenntnis aus dem Sport ans Herz gelegt: „Ohne Breitensport kein Spitzensport“.

In unserem kommunalpolitischen Programm heißt es: „Die repräsentative Vertretung der Bürgerinnen und Bürger muss verbunden sein mit unmittelbarer Bürgerbeteiligung.“

Im Stadtrat, dem Gremium der repräsentativen Vertretung sind wir Opposition. Mit der Politik der Mehrheit und des Oberbürgermeisters setzen wir uns kritisch auseinander. Wir sind aber keine notorischen Neinsager. Wir informieren über unterschiedliche Meinungen, die im Stadtrat vertreten werden. Wir arbeiten intensiv zusammen mit allen Bürgerinnen und Bürgern, die berechtigten Interessen Gehör verschaffen wollen. Auf diese Weise haben wir z.B.

- die Liquidierung der Bürgerinnenversammlung als ein wichtiges Forum für Fraueninteressen und Symbol für Gleichstellungspolitik verhindert,
- den erneuten Versuch der Teilprivatisierung der Stadtwerke und massive Buskürzungen abgewehrt,
- uns dafür eingesetzt, dass der absurde Auswärtigenzuschlag bei der

Volkshochschule zurückgenommen wurde,

- endlich den Durchbruch geschafft, die Zusammenarbeit mit unserer Partnerstadt San Carlos in Nicaragua mit breiter Beteiligung voranzubringen.

Ohne das aktive Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger wäre das und noch mehr nicht möglich gewesen. Dafür Euch und den vielen,vielen Anderen an dieser Stelle herzlichen Dank!

Die SPD-Fraktion setzt auch in Zukunft auf Information, Dialog und Zusam-

menarbeit –mit den Menschen, die in unserer Stadt leben, ganz gleich, welchen Pass oder welche Hautfarbe sie haben.

Herzlichst Eure
Gisela Niclas
Fraktionsvorsitzende



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächste Kreismitgliederversammlung
am

**Donnerstag, den 16. Februar 2006,
20.00 Uhr,
BSC Büchenbach, Schallershofer Str. 66**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. **Aktuelles**
2. **Innere Sicherheit und Menschenrechte**
3. **Anträge**
4. **Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften**
5. **Verschiedenes**

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

**Vorankündigung:
Jahreshauptversammlung: Donnerstag, 23. März 2006,
20.00 Uhr im Turnerbund, Spardorfer Str.**

Antrag für die KMV:

Rechtsstaat sichern – Freiheit bewahren

Antragsstellerin: Katharina Ullmann

Seit den Anschlägen in New York am 11. September 2001 und den „Folge“-Anschlägen 2004 in Madrid und 2005 in London schlägt bei der Debatte im Spannungsfeld zwischen Freiheitsrechten und dem Wunsch der Menschen nach Sicherheit vor körperlichen und seelischen Angriffen das Pendel deutlich in Richtung Verschärfungen in der Sicherheits- und Innenpolitik auf Kosten der Freiheitsrechte aus. Mit dem Argument „Wer nichts zu verbergen hat, muss auch nichts befürchten“ werden die Möglichkeiten von Polizei und Geheimdiensten zum Abhören von Telefongesprächen und Wohnungen aufgebaut, werden Daten „verdächtiger“ Personen – und auch nichtverdächtiger Menschen, die mit „verdächtigen“ Kontakt haben – immer länger und immer umfassender gespeichert, werden öffentliche Räume zunehmend mit Video überwacht, wurde die Möglichkeit der „Sicherheitshaft“ eingeführt und deren Ausweitung gefordert. Am aktuellen Ende der Debatte steht die Forderung danach, dass auch deutsche Geheimdienste und Behörden Ergebnisse von Verhören unter Folter verwenden können sollen, dass die Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei aufgehoben werden soll, dass die Bundeswehr künftig zusätzlich zur Polizei im Inneren eingesetzt werden soll.

1 Allgemeines

Für uns als SozialdemokratInnen sind gültige und ausgedehnte Freiheitsrechte eine Grundlage der Gesellschaft. „Nur wo Freiheitsrechte garantiert sind und genutzt werden, können Menschen als Freie und Gleiche leben und Demokratie praktizieren.“ (Grundsatzprogramm der SPD) Eine demokratische und solidarische Gesellschaft kann nicht darauf basieren, ihre BürgerInnen zunächst einmal für verdächtig zu halten. Sie kann nur dann Bestand haben, wenn Vertrauen in die Absichten eines Menschen besteht.

Der Mensch kann nicht in Freiheit leben, wenn er gleichzeitig Sorge haben

muss, dass Details aus dem Privatleben mitgehört, gefilmt und gespeichert werden. Die Grund- und BürgerInnenrechte sind Grundlage dafür, dass der Mensch sich frei entfalten kann.

Angst und Wut sind schlechte Ratgeber, wenn es zu entscheiden gilt, wo die Grenze zwischen dem Recht des einen Menschen auf Freiheit und dem des anderen auf Leben, körperliche und seelische Unversehrtheit verläuft. Sicherheitspolitik setzt immer Besonnenheit voraus. Entscheidungen in der Aufgeregtheit des Augenblicks können die demokratische Gesellschaft irreversibel schädigen. Denn, so hat es schon Benjamin Franklin ausgedrückt: „Wer seine Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

2 Ein bisschen Folter muss erlaubt sein?

Wir lehnen Folter generell und ohne Ausnahme ab – in Deutschland wie im Ausland. Darauf müssen wir als SozialdemokratInnen immer und überall hinwirken.

Das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit ist eines der zentralen Menschenrechte. Es gilt universell, auch für Personen, die verdächtig werden, eine Straftat begangen zu haben oder begehen zu wollen. Man kann nicht „ein bisschen Folter“ zulassen. Wer das Folterverbot aufweichen will, der/die öffnet den Weg zu einer schleichenden Ausweitung auf immer mehr Bereiche. Wann ist denn ausreichender Verdacht beispielsweise der Vorbereitung eines Terroranschlags gegeben, um Folter anwenden zu dürfen, damit der Anschlag verhindert werden kann? Muss dann nicht „Im Zweifel für die Folter“ gelten, um Anschläge in jedem Fall zu verhindern?

Folter ist auch deshalb verboten worden, weil klar geworden ist, dass unter Zwang erpresste Aussagen nicht haltbar sind. Unter körperlichen und/oder seelischen Schmerzen werden

Vorhaltungen fast immer zugegeben – unabhängig davon, ob sie zutreffen oder nicht. Folter erleichtert damit die Aufklärung von Straftaten nicht, sie erschwert sie. Werden unter Folter Aussagen erpresst, die nicht zutreffen, werden die Ermittlungen unter Umständen in die falsche Richtung geführt.

Aus diesen Gründen müssen die deutschen Sicherheitsbehörden die Kooperation mit ausländischen oder privaten Diensten, die körperliche und/oder seelische Folter anwenden, unverzüglich beenden.

Insbesondere fordern wir die Bundesregierung auf, international auf die endgültige und ausnahmslose Abschaffung der Folter zu dringen und national für die Einhaltung des Folterverbots Sorge zu tragen.

3 Lebenslang wegsperren – am Besten vorbeugend?

Die SPD lehnt es ab, dass bei einer Vielzahl von Straftaten immer wieder das Strafmaß verlängert wird. Vorbeugenden Freiheitsentzug darf es mit der SPD unter keinen Umständen geben.

Haft ist ein tiefer Eingriff in die Freiheit des Menschen. Dieser ist gerechtfertigt, wenn er als Bestrafung für ein begangenes oder auch die Vorbereitung eines Verbrechens vorgenommen wird. Dann muss Haft aber unter dem Vorzeichen der Resozialisierung, der Wiedereingliederung eines Straftäters/einer Straftäterin in die Gesellschaft nach Verbüßung der Haftstrafe stehen.

Sicherungsverwahrung widerspricht diesem Auftrag, sie darf deswegen nur die absolute Ausnahme sein und nicht der Ersatz für den Mangel an Angeboten zur Resozialisierung, der durch permanente Einsparungen der Bundesländer beim Strafvollzug ausgelöst worden ist.

Längere Haftzeiten führen nach den vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen nicht zu einer verstärk-

ten Abschreckung. TäterInnen gehen bei einer Straftat fast immer davon aus, nicht erwischt zu werden; dementsprechend „kalkulieren“ sie auch nicht mit der Länge einer möglichen Haft. Die permanenten Forderungen nach Verlängerung von Haftstrafen widersprechen aber gleichzeitig dem Ziel der Resozialisierung, die umso schwieriger wird, je länger die Haft dauert. Es kann daher im Bereich des Strafkatalogs nur darum gehen, die Bedeutung bestimmter Straftaten im Verhältnis zu anderen durch Veränderungen der Strafrahmen anders zu gewichten. Eine grundsätzliche Verlängerung von Haftzeiten kommt aber nicht in Frage.

„Vorbeugende Haft“ widerspricht dem Grundgedanken des Strafrechtes. Die Vorbereitung von Straftaten – zumindest von solchen wie Terroranschlägen etc. – ist in aller Regel strafbar. D.h. wer konkret einen Anschlag vorbereitet, kann gegebenenfalls in Untersuchungshaft genommen und in einem normalen Prozess zu einer Haftstrafe verurteilt werden.

Mit der vorbeugenden Haft sollen die Sicherheitsbehörden nun aber die Möglichkeit bekommen, grundsätzlich jeden und jede, die sie – ohne die Notwendigkeit eines Beweises – verdächtigen, eine erhebliche Straftat zu planen, in Haft zu nehmen.

Neben dem erheblichen Eingriff in die Freiheit einzelner Menschen führt diese Regelung auch dazu, dass Sicherheitsbehörden nicht mehr unbedingt in aller Tiefe ermitteln. Es reicht ja aus, einen konkreten Verdacht zu haben, um jemanden in Haft zu nehmen. Ein Beweis, dass jemand tatsächlich in strafbare Handlungen verwickelt ist, muss nicht mehr geführt werden.

4 Abhören und Datenspeicherung

Wir lehnen den zunehmenden Ausbau von Abhörmöglichkeiten, von Videoüberwachung und von Datenspeicherung ab. Sie führen nicht zu mehr Sicherheit, schon heute kann die Polizei die von ihr gesammelten Daten nicht mehr auswerten.

Wer eine Straftat plant, ist sich in der Regel des Risikos bewusst, gestellt zu werden. Die geplanten Maßnahmen können von Menschen, die Straftaten planen ohne großen Aufwand um-

gangen werden, z.B. durch die Nutzung öffentlicher Telefone. Es besteht also nur sehr eingeschränkt die Möglichkeit, durch akustische oder Videoüberwachung Details geplanter Straftaten zu erfahren.

Im Gegenzug steigt aber mit deren Ausbau – wie auch mit dem Ausbau der Speicherung und Abfrage weiterer Daten – die Gefahr, dass die Ergebnisse missbräuchlich oder fehlerhaft verwendet werden. Gespräche können ebenso wie Gesten missverstanden werden. Unbeteiligte können durch zufällige Anwesenheit in einer bestimmten, mit Video überwachten Wohnung in das Visier von Ermittlungen geraten und öffentlich einem Verdacht ausgesetzt werden, der sich später als falsch herausstellt – wenn aber negative Folgen schon eingetreten sind.

Und auch wenn der dies nicht darf: Die Möglichkeit des Missbrauchs für private besteht bei der Verknüpfung einer Vielzahl von Daten immer, daher sollte man sie möglichst eng begrenzen.

Öffentliche Videoüberwachung schafft nur ein Gefühl von Sicherheit, es verbessert sie aber nicht real. Straftaten wie z.B. der Handel mit Drogen werden in Gebiete verlegt werden, wo keine Videoüberwachung stattfindet. Bei spontanen Straftaten hilft es dem Opfer aber nicht viel, wenn der Täter/die Täterin durch die Videoüberwachung gefasst wird. Besser wäre es gewesen, wenn eine anwesende Polizeistreife die Straftat durch ihr Eingreifen verhindert hätte. Videoüberwachung soll im Kern die Präsenz der Polizei auf der Straße ersetzen und damit Einsparpotentiale eröffnen. Sie sorgt aber auch dafür, dass Straftaten nicht mehr verhindert, sondern „nur“ aufgeklärt werden. So konnten die Anschläge in der Londoner U-Bahn trotz intensiver Videoüberwachung nicht verhindert werden.

5 Bundeswehr, Geheimdienste, Polizei – aus gutem Grund getrennt

Wir halten an der Trennung zwischen Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr fest. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir genauso

ab wie gemeinsame Einrichtungen von Polizei und Geheimdiensten.

Mit dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren bezwecken die Unions-PolitikerInnen, die von ihnen vorgenommenen (Personal-)Einsparungen bei der Polizei durch SoldatInnen – die der Bund bezahlt – auszugleichen. Die Trennung zwischen Bundeswehr und Polizei hat aber ihren Sinn. SoldatInnen werden nicht dafür ausgebildet, in Straftaten zu ermitteln, komplexe Situationen in Ruhe und besonnen zu klären oder Menschen mit konkreten Anliegen weiterzuhelfen. Sie können die Anforderungen, die an PolizistInnen bestehen, nicht erfüllen.

Geheimdienste haben in sich undemokratische Aufgabenstellungen. Sie sollen mit nicht-demokratischen Mitteln wie dem Einsatz verdeckter Personen, dem Abhören von Wohnungen, mit Einbrüchen und anderen illegalen Mitteln Informationen beschaffen, um die Demokratie und ihre Institutionen zu schützen. Die Polizei muss dagegen mit legalen Methoden ermitteln, auch daraus resultiert ein Teil des Vertrauens, den die Polizei bei den Bürgerinnen und Bürgern genießt. Wird die Arbeit von Geheimdiensten, die wir langfristig abschaffen wollen und der Polizei vermischt, geht das Vertrauen der BürgerInnen in die Polizei verloren.

Im Rechtsstaat kann es keine absolute Sicherheit geben. Dass Menschen in Freiheit leben, gibt eben Einzelnen auch die Möglichkeit, diese Freiheit zu missbrauchen. Ohne Freiheit gibt es aber keine Demokratie und auch keinen Rechtsstaat.

Trotzdem hat der Staat natürlich die Aufgabe, Straftaten möglichst zu verhindern. Dies gelingt aber dauerhaft vor allem durch Prävention, die Schaffung von sozialem Frieden und gerechten Lebensbedingungen in Deutschland wie international. Repression dagegen schafft nicht mehr Sicherheit. Deswegen lehnen wir Verschärfungen im Bereich der inneren Sicherheit ebenso ab wie eine Politik, die Menschenrechtsverstöße im Ausland aus vermeintlichen Sicherheitsinteressen in Kauf nimmt oder gar fördert.

Drei Preisträger für den 1. Peter Zink - Preis

verliehen am 10.1. 2006 im DGB - Saal

Patricia Herbut

Am 25.10.1981 erblickte Sie das Licht der Welt. Nach dem Kindergarten, der Grundschule und der Hauptschule begann am 01.09.1997 ihre Ausbildung bei Siemens MED in Erlangen. Schon zu Beginn Ihrer Ausbildung hatte Sie es nicht leicht. Sie musste sich gegen 49 Jungs und 3 Meister behaupten.

Während Ihrer Ausbildung war Sie von 1998 – 2000 als Jugendvertreterin bei Siemens MED aktiv. Auch gewerkschaftlich engagierte Sie sich sehr und warb viele neue Mitglieder für die IG Metall. Im Ortsjugendausschuss war sie von 1997 bis 2002 maßgeblich am Wiederaufbau einer funktionierenden Jugendgruppenarbeit auf örtlicher Ebene beteiligt.



Schauen wir uns die Zeit im Ortsjugendausschuss ein bisschen genauer an. Hier ein paar Highlights :

- Im März 1999 war Sie mit dem OJA Erlangen an der Vorbereitung und Durchführung einer Jugenddelegation nach Kuba beteiligt.

Auf Kuba pflanzte sie in Santiago de Kuba eine Königspalme (die ein Symbol der Freundschaft ist) und half auch auf einer Orangenplantage bei der Ernte. Am Denkmal und Grab des Nationalhelden und Dichters Jose Marti legte sie einen Kranz im Namen der IG Metall Jugend Erlangen nieder.

Zurück in Erlangen sammelte sie Geld für Projekte / Kinderbetreuung / Schulen usw. auf Kuba. Gleichzeitig organisierte Sie die Bereitstellung medizinischer Geräte und Ersatzteile für Krankenhäuser auf Kuba.

Sie hat nach diesem Besuch auch einen Gegenbesuch einer kubanischen Delegation in Erlangen mitorganisiert. Und sie ist **maßgeblich** an der Gestaltung des inzwischen legendären Mochito - Solidaritätsstands der Erlanger IGM Jugend beteiligt den sie zum ersten Mal mitorganisierte.

- Mai 99 – hielt Sie auf dem Erlanger Marktplatz eine Rede zum Thema „Übernahme der Auszubildenden“ trotz großer Nervosität bewältigte Sie diese ungewohnte Aufgabe aber mit Bravour.

Fazit: Sie hat den OJA mit ihrer Ausstrahlung und ihrem Tatendrang zu neuem Leben erweckt.

Seit 01.10.2001 ist sie bei Siemens MED in der Oberflächenspulenfertigung / Prüfung der Magnetresonanz (Kernspintomographie) tätig. Im März 2005 ergriff Sie die Initiative

und steht in Ihrer Abteilung ihren Kollegen als Vertrauensfrau zur Seite.

Durch ihr Engagement als Vertrauensfrau hat Sie den Schritt von der Jugendarbeit zur Gesamt-Gewerkschaftsarbeit bei Siemens MED hervorragend geschafft und unterstützt nach wie vor die jungen Kollegen/-innen bei Siemens MED

Fröhlich, freundlich, durchsetzungsfähig und immer ein Lächeln auf den Lippen: das Geheimnis der „Powerfrau“.

Herzlichen Glückwunsch:

Patricia Herbut

In Zusammenarbeit mit der Familie Zink und dem Ortsvorstand der IG Metall Erlangen verleiht der SPD- Kreisverband Erlangen in zweijährigen Turnus den Peter- Zink- Preis.

Er wird heute am zweiten Todestag von Peter Zink erstmals an Jugendliche verliehen, die sich für den Aufbau einer lebendigen Demokratie eingesetzt und durch besonderes politisches, gesellschaftliches und arbeitnehmerInnen orientiertes Engagement hervorgetan haben.

Auf Vorschlag von Wolfgang Vogel, unseren Landtagsabgeordneten und hochschulpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, der heute leider



nicht anwesend sein kann, ehren wir die **Juso-Hochschulgruppe** und ich bin der Jury sehr dankbar, dass sie diesem Vorschlag einstimmig gefolgt ist.

Wir ehren hiermit aktuell ihren großen Einsatz gegen die Erhebung von Studiengebühren der

u. a. in einer beeindruckenden Demonstration mit Wolfgang Vogel und SPD-Stadtrat Florian Janik an der Spitze zum Ausdruck kam.

Wir ehren aber darüber hinaus ihr vielschichtiges und engagiertes Arbeiten, wobei ich drei Themen besonders hervorheben möchte.

Das ist zu einen die Gleichstellung von Frauen und Männern, zum zweiten die Demokratisierung der Hochschulen und das ist zum dritten die Angleichung der Lebensverhältnisse durch die entsprechende Bildung.

Die Juso Hochschulgruppe mit

Thorsten Brehm

Johannes Broichhagen

Philipp Dees

Johannes Schadock

Katharina Ullmann

hat sich durch jahrelanges soziales und gesellschaftspolitisches Engagement für den Aufbau einer lebendigen Demokratie verdient gemacht.

Mit der Verleihung des Peter-Zink-Preises wird die vorbildliche Weise in das politische, gesellschaftliche, arbeitnehmerorientierte Engagement von Jugendlichen erfolgt, gefördert.

Robert Thaler



Als dritter Preisträger wurde der **Ortsjugendausschuss der IGM Erlangen**

von Fred Milzarek vorgestellt. In seiner Laudatio würdigt er die 14-köpfige Gruppe für ihren außergewöhnlich hohen Einsatz in den Betrieben. Er nannte als Beispiel die Aktion „Kon-

- Informationsveranstaltung an der Berufsschule über Rechte und Pflichten während der Berufsausbildung, Tarifverträge und Gewerkschaftsarbeit



zentration der Siemensausbildung“, bei der die Gruppe wegen der geplanten Streichung von Ausbildungsplätzen mit Infoständen am Hugo und Unterstützung der Verhandlungsdelegation in Hamburg aktiv wurde. Neben regelmäßigen Aktivitäten werden Infostunden für Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Seminarbesuche durchgeführt.

Die Themen „Neoliberalismus“ und „Alternative Wirtschaftspolitik“ finden bei den Jugendlichen sehr großes Interesse.

Fred Milzarek hätte noch viele Aktivitäten aufzählen können, wollte aber nur noch einige nennen:

- Unterstützung und Teilnahme am Jugendfestival in Nürnberg
- Teilnahme am viertägigen Bayrischen IGM Jugendcamp in Thalmassing
- Betreuung einer Jugenddelegation aus Santiago de Cuba über 14 Tage

„Diese Auszeichnung soll auch Ansporn sein für eure weitere Arbeit! Vielleicht könnt ihr später auch einmal sagen: ‚Wir sind standhaft geblieben‘ – Unbeugsam im Kampf für die Demokratie!“

so Fred Milzareks Appell an den Preisträger.

Kreisvorstandssitzungen:

**Donnerstag,
den 9. Februar 2006
Biergarten am Röthelheim**

**Donnerstag,
den 9. März 2006
Biergarten am Röthelheim**

Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen

von Olaf Schreglmann (DGB Nürnberg)

In der politischen Diskussion wird immer wieder und zunehmend häufiger ein Phänomen diskutiert, das mit der eher sperrigen Überschrift „Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen“ betitelt wird. Doch was versteht man darunter?

In der Alltagssprache wird „prekär“ als Synonym für heikel, schwierig oder unsicher verwendet. Übertragen auf die Arbeitswelt bedeutet dies, dass der Prozess der Prekarisierung die Zunahme von Unsicherheit in den Beschäftigungsverhältnissen zur Folge hat. Scheinbar vollzieht sich eine Entwicklung weg von einer bislang dominierenden Form sicherer Erwerbsarbeit. Mit dem Begriff der „atypischen Arbeitsverhältnisse“ wird diese Auffassung zusätzlich bestätigt. Eine typische Form der Beschäftigung geht in ein normabweichendes Muster über.

Doch was ist die Norm? Für gewöhnlich bezeichnet man in Deutschland wie auch in den meisten Industrienationen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als Normalarbeitsverhältnis, das durch ein hohes Maß an sozialer Absicherung über die Sozialversicherungen, der Regulierung zentraler Beschäftigungsbedingungen, insbesondere der Arbeitszeit sowie der Entlohnung über ein tarifvertraglich festgelegtes Entgelt gekennzeichnet ist. Von diesem Maßstab ausgehend ist die Fragestellung einer zunehmenden Prekarisierung zu beantworten. Gibt es tatsächlich Auflösungserscheinungen bei regulärer Beschäftigung? Sind Deregulierung, Niedriglohn, Flexibilisierung und Unsicherheit wesentliche Charakteristika von Arbeitsverhältnissen?

Im Jahr 2004 gab es in Deutschland rund 26,5 Mio. sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Dies ist ein Rückgang um rund 1,3 Mio. seit 1996. Reguläre Beschäftigung ist über einen

längeren Zeitraum kontinuierlich abgebaut worden.

Gleichzeitig gab es seit 2003 eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Entscheidungen, besser bekannt als Hartz-Gesetze, mit denen atypische Beschäftigung per Gesetz eingeführt und gefördert worden ist.

Allein bei den sog. Mini-Jobs gab es seit deren Einführung eine Steigerung um fast 1 Million dieser sog. geringfügigen Beschäftigung. Auch bei den Midi-Jobs war von Beginn an ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Von der Möglichkeit der Gründung einer ICH-AG haben inzwischen 268.000 vermeintliche Existenzgründer Gebrauch gemacht.

Nicht zuletzt lässt sich ein drastischer Anstieg von Leiharbeit beobachten, der in erster Linie durch die staatlich initiierten Personal Service Agenturen zu begründen ist. 400.000 Leiharbeitnehmer nennt das Institut für Arbeitsmarkt- und Sozialforschung in seinen neuesten Veröffentlichungen. Andere Forschungsinstitute gehen sogar von etwa 1 Million derartiger Arbeitsverträge aus.

Die Möglichkeit, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befristet einzustellen wurde sukzessive erweitert. Ab einem Alter von 52 Jahren kann faktisch fortlaufend befristet werden, ein Umstand, der sogar dem europäischen Gerichtshof zu weit geht. In einer aktuellen Stellungnahme wird die deutsche Politik zur Korrektur dieser Regelung aufgefordert.

Seit 1. Januar 2005 kann Langzeitarbeitslosen die Aufnahme eines Ein-Euro-Jobs zugemutet werden. Davon gibt es in der Region mittlerweile 4.243 (Stand Oktober 2005). Zu Recht kann man diese Form der Beschäftigung als deutlichste Ausprägung von prekärer Beschäftigung bezeichnen.

Sämtliche beschriebene Beschäftigungsformen weichen mehr oder weniger von der gesellschaftlichen Norm eines Normalarbeitsverhältnisses ab. Sie sind der

Ausdruck bewusster politischer Entscheidungen. Dazu kommt noch eine Graubereich vielfältiger freiberuflicher Tätigkeiten, die in vielen Fällen ohne jegliche soziale Absicherung und teilweise zu äußerst niedrigen Löhnen ausgeübt werden. Gleiches gilt für den Wildwuchs an Praktika. Diese Erscheinungsformen sind das Resultat bewussten politischen Nichthandelns.

Auch wenn diese Entwicklung nicht ganz neu ist - schließlich gibt es geringfügige Beschäftigung, niedrige Löhne im Tarifsystem, Praktika oder ähnliches bereits seit Jahren - und auch wenn sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach wie vor die dominanteste Form der Erwerbstätigkeit darstellt, so kann man die Tendenz der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse eindeutig nachweisen.

Die Entwicklung erfolgt jedoch nicht zufällig. Ebenso trägt auch kein höheres Wesen dafür die Verantwortung. Sie ist vielmehr die logische Folge bewusster politischer Entscheidungen, die zu einer Beschleunigung dieses Prozesses geführt haben. Dabei üben Hartz IV und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zusätzlichen Druck auf die Beschäftigungsbedingungen aus. Die Entwicklung verschärft sich.

Der DGB Region Mittelfranken hat bereits im Bundestagswahlkampf einen deutlichen Politikwechsel gefordert. Wohlstand und Lebensqualität entstehen nicht durch Unsicherheit, niedrige Entlohnung und Entrechtung, sondern nur durch sichere Arbeitsplätze. Die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung muss daher in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden.

Wenn wir unsere wirtschaftlichen Probleme und unsere chronische Wachstumsschwäche überwinden wollen,

müssen wir die Binnenkonjunktur deutlich beleben. Dies kann nur durch eine Stärkung der inländischen Nachfrage geschehen. Aus unserer Sicht und der Sicht führender Wirtschaftswissenschaftler, kommt dabei dem Staat eine wesentliche Bedeutung zu. In der Krise muss der Staat der erste sein, der wieder mehr Geld ausgibt. Nur er kann den Kreislauf der ständig sinkenden Nachfrage durchbrechen.

Der DGB Region Mittelfranken fordert daher:

- Staatliches Investitionsprogramm für mehr Beschäftigung in gesellschaftlich sinnvollen Projekten (z.B. Bildung, Gesundheit, Infrastruktur)
- Die Forderungen aus Politik und Wirtschaft nach moderaten Lohnabschlüssen müssen endlich beendet werden (auch im öffentlichen Dienst). Die verordnete Bescheidenheit der vergangenen zehn Jahre hat dazu geführt, dass die Reallöhne durchschnittlich um 0,9 Prozent ge-

sunken sind. Das versprochene höhere Wirtschaftswachstum ist jedoch ausgeblieben

Geld ist in unserem Land genug da. Nur ist es sehr ungleich verteilt. 10 Prozent der Deutschen Bevölkerung besitzen rund 50 Prozent des Geldvermögens. Die Steuerpolitik muss diese Fehlentwicklung korrigieren. Der entscheidende Punkt ist die Steuergerechtigkeit: Wie viel Steuern zahlen die Reichen und wie viel Steuern zahlen die Beschäftigten? Durch höhere Steuern für die Wohlhabenden werden die Staatsfinanzen gestärkt und die breite Schicht der Bevölkerung entlastet.

Der DGB Region Mittelfranken fordert daher:

- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 47 Prozent
- Steuerliche Entlastung von Gering- und Normalverdienern über einen höheren Grundfreibetrag, einen niedrigen Eingangsteuersatz sowie

einen flachen Anstieg der Steuern im unteren Einkommensbereich

- Bekämpfung von Steuerhinterziehung
- Schließung von Steuerschlupflöchern für Vermögende und Großverdiener
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Höhere Erbschaftssteuern für große Vermögen
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefortschrittssteuer, die auch Freiberufler und Selbstständige einbeziehen muss

Die seit ein paar Tagen regierende Große Koalition muss sämtliche Spielräume nutzen. Sie darf sich nicht hinter vermeintlichen Sachzwängen verstecken. Sie muss vielmehr ihrem Wählerauftrag gerecht werden und sich für mehr und bessere Arbeitsplätze, letztlich für ein besseres Leben für uns alle, einsetzen.

„Konzerne eignen sich die Welt an“

Der UN-Beauftragte Jean Ziegler über Hunger, Verschuldung und die Rolle der Welthandelsorganisation

Frankfurter Rundschau: Herr Professor Ziegler, in Ihrem neuen Buch „Das Imperium der Schande“ sprechen Sie von einer Refeudalisierung der Welt. Was meinen Sie damit?

Jean Ziegler: In den vergangenen Jahrzehnten sind auf der Erde unglaubliche Reichtümer entstanden, der Welthandel hat sich in den letzten zwölf Jahren mehr als verdreifacht, das Welt-Bruttosozialprodukt fast verdoppelt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist der objektive Mangel besiegt und die Utopie des gemeinsamen Glückes wäre materiell möglich. Doch gerade jetzt findet eine brutale, massive Refeudalisierung statt. Die neuen Kolonialherren, die multinationalen Konzerne – ich nenne sie Kosmokraten – eignen sich die Reichtümer der Welt an. Diese neue Feudalherrschaft ist 1000-mal brutaler als die aristokratische zu Zeiten der Französischen Revolution.

Wie funktioniert diese Feudalherrschaft im 21. Jahrhundert?

Die Legitimationstheorie der Konzerne ist der Konsensus von Washington. Danach muss weltweit eine vollständige Liberalisierung stattfinden. Alle Güter und Dienstleistungen in jedem Lebensbereich müssen vollständig privatisiert werden, öffentliche Güter wie Wasser gibt es nicht. Auch die Gene der Menschen, Tiere und Pflanzen werden in Besitz genommen und patentiert. Alles wird dem Prinzip der Profitmaximierung unterworfen. Dabei setzen die Konzerne zwei Massenvernichtungswaffen ein, den Hunger und die Verschuldung. Das Resultat ist absolut fürchterlich. Die Zahl der Hungernden steigt in absoluten Zahlen immer weiter an. Im vergangenen Jahr sind nach dem Welternährungsbericht jeden Tag 100 000 Menschen an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen gestorben. Und dies, obwohl die Weltlandwirtschaft schon heute – ohne Gentechnik – problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren könnte, also das doppelte der Weltbevölkerung, wie derselbe Bericht feststellt. Ein

Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.

Was muss passieren, um diese mörderische Entwicklung zu stoppen?

Zuerst muss die theoretische Legitimation dieses Systems zerstört werden, der Konsensus von Washington, die Wahnidee von der Ökonomisierung der Natur. Dann muss es einen Aufstand des Gewissens geben gegen die kosmokratische Minderheit, die die Welt beherrscht. Denn die heutige kanibalische Weltordnung ist das Ende sämtlicher Werte der Aufklärung, das Ende der Grundwerte und der Menschenrechte. Entweder wird die strukturelle Gewalt der Konzerne gebrochen, oder die Demokratie ist vorbei und der Dschungel kommt. Es ist eine Existenzfrage.

Welche Rolle spielen die Welthandelsorganisation WTO und der Internationale Währungsfonds IWF in dieser Weltordnung?

Leider sind WTO und IWF die zwei entscheidenden Organisationen für die Nord-Süd-Beziehungen. Bei beiden wird der neoliberale Konsensus von Washington dogmatisch durchgesetzt. Beide sind willige Helfer der Kosmo-

Fortsetzung auf Seite 20

Bruck



Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am
**Dienstag, den 14. Februar
um 20 Uhr
beim FSV**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Wolfgang Peter

Vorsitzender:
Wolfgang Peter Tel.: 303090
eMail: bruck@spd-erlangen.de

Eltersdorf



Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am
**Dienstag, den 21. Februar
um 20 Uhr
im Schützenhaus Elters-
dorf**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Vorsitzender:
Manfred Jelden Tel: 601333

Frauenaurach



Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

Quo vadis? Auswirkungen auf die kom-
munale Ebene“.

Protokoll der Distriktversammlung Frauenaurach vom 10.1.06

Die weiteren Planungen sind:

11.4. Distrikt

13.6. Distrikt

19.8. Sommerfest bei Günter

12.9. Distrikt

31.10. Distrikt

8.12. Weihnachtsfeier

Im Distrikt Frauenaurach ergibt sich spontan eine Diskussion über die Ereignisse des letzten viertel Jahres. Nachlese Bundestagswahl – Erwartungen an die neue Kanzlerin – Rolle der SPD in der großen Koalition – Energiepolitik unter dem Aspekt der Abhängigkeit von anderen Ländern.

Um unsere vielen Ideen und Anregungen mit Daten und Fakten unterfüttern zu können, haben wir beschlossen in eine der nächsten Distriktversammlungen einen Referenten einzuladen zu dem Thema „Bundespolitik -

Für den Vorstand

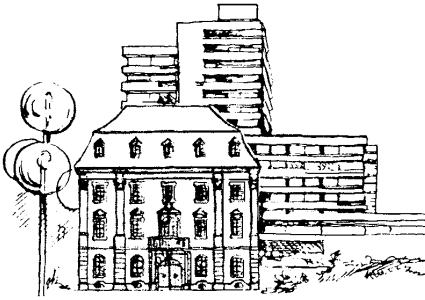
Gabi Dorn-Dohmstreich

Vorsitzender:
Thomas Hain

Einladung zur Mitgliederversammlung
des Distriktes Frauenaurach

**Am Dienstag, den 7. Fe-
bruar 2006 um 20.00 Uhr
Im AWO-Raum,
Gaisbühlstr. 4**

Die Tagesordnung wird am Abend be-
kanntgegeben.



Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Jahreshauptversammlung:

**am Dienstag, 7.2., 20.00
Uhr
Ort: Kulisse, Nebenzimmer**

Tagesordnung:

1. **Wahl einer Versammlungsleitung und Wahlkommission**
2. **Rechenschaftsbericht und Kassenbericht**
3. **Aussprache**
4. **Entlastung des bisherigen Vorstands**
5. **Neuwahlen des Vorstands:
a. des/der Vorsitzenden**

**b. der Stellvertreterin und des Stellvertreters
c. der Kassiererin/ des Kassiers**

6. **Neuwahl der und des Delegierten im Kreisvorstand**
7. **Jahresplanung**
8. **Anträge**
9. **Verschiedenes**

Wir freuen uns auf rege Teilnahme
Für den Vorstand
Barbara Pfister

Vorankündigung.

Im März treffen wir uns am Dienstag,
7.3.2006 um 20.00 Uhr. Ort wird
noch bekannt gegeben.



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen, wir
laden Euch herzlich ein zu unserer

**Jahreshauptversammlung
am Dienstag, 14.02.2006,
20.00Uhr
Schloßgaststätte**

Tagesordnung:

1. **Aktuelles.**
2. **Berichte.**
3. **Kassenbericht**
4. **Rechenschaftsbericht des Vorstandes**
5. **Entlastungen**

6. Tennenloher Bote.

**7. Perspektiven unserer Arbeit
2006/ 2007**

8. Verschiedenes.

Weitere Termine: Distriktversammlungen
am 14.3., 4.4., 9.5.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

West



Vorsitzender:
Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten Euch herzlich zu unserer
Februar-Distriktsversammlung am

**Mittwoch, 22.2.06 um
20.00 im Gasthaus „Zur
Einkehr“ (Güthlein)**

einladen.

Zentraler Tagesordnungspunkt wird die Vorstellung von Konzeption, Vorgehensweise und Ergebnissen des Projektes „Tobac“ zur **Integration jugendlicher russischsprachiger Aus-siedler im Stadtwesten** sein, das federführend vom TV 48 betreut wird. Projektbeteiligte haben sich dankenswerterweise bereit erklärt, zu uns zu kommen.

Im Anschluss daran stehen noch die üblichen Berichte aus Ortsbeirat, Kreisvorstand und Stadtratsfraktion ebenso wie der Punkt „Verschiedenes“ an.

Für den Vorstand
Gerd Peters

**Protokoll über die Veranstaltungen
Dezember 2005 und Januar 2006**

Im Dezember stand eigentlich nur das traditionelle Jahresabschluss-Karpfessen auf dem Programm. Es fand im Gasthof „Zur Linde“ in Alterlangen unter Beteiligung von 12 Genossinnen und Genossen statt. Einigen weiteren, die eigentlich kommen wollten, machte das aktuelle politische Tagesgeschäft einen Strich durch die Rechnung. Gerade an diesem Abend fand eine zentrale Veranstaltung der Initiative gegen die enorme Erweiterung der Autobahn-Rastanlage Frauenaaurach statt, die den Distrikt wegen der Umwandlung von bisher landwirtschaft-

lich genutzten Flächen in einen riesigen Parkplatz mit entsprechenden Lärm- und Abgasemissionen nachhaltig betrifft. Klammheimlich sollte dieses Vorhaben durchgezogen werden. Unter maßgeblicher Beteiligung unserer Weststadträte wurde bei diesem und auch bei vorherigen Terminen Widerstand hiergegen organisiert.

Im Januar diskutierten wir mit Dieter Rossmeißl, unserem Erlanger Kulturreferenten, über die Erlanger Kulturpolitik und das kulturelle Angebot in Erlangen. Eine Vielzahl von Aspekten aus den Bereichen Hochkultur und Alltagskultur kam zur Sprache. Obgleich der kulturelle Bereich einer der wenigen kommunalen Bereiche ist, bei dem lokale Gestaltungsautonomie

besteht, werden Chancen und Potenziale in diesem Bereich nicht voll genutzt. Die Lebensqualität einer Kommune lässt sich dadurch nachhaltig positiv beeinflussen. Gerade einmal 3% des städtischen Budgets werden für Kultur in Erlangen ausgegeben. Und bei Kürzungsrunden im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen war in den letzten Jahren der Kulturetat immer dabei. Insgesamt war es ein sehr anregender Diskussionsabend.

Im Anschluss wurde über den aktuellen Stand der Dinge in Sachen Raststättenerweiterung gesprochen, berichtet wurde auch über erste Vorplanungen für den neuen „Westboten“, der im März ausgeliefert werden soll.

Protokoll: Gerd Peters



Vorsitzende:
Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen!
Im Februar wollen wir uns wieder im

**August-Bebel-Haus treffen
und zwar am Donnerstag
16.2. um 17 Uhr.**

Thema:

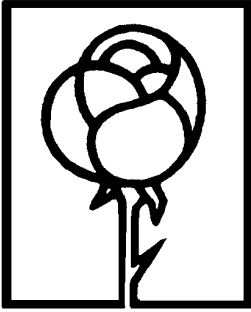
1. Wahlvorschläge für die Wahlen im Unterbezirk

2. 10-Jahresfeier von 60 plus gemeinsam mit dem Bezirk.

Wir würden uns sehr freuen, wenn möglichst viele kommen und konstruktive Vorschläge z.B. zur Feier machen könnten.

Bis dahin!
Eure Brigitte

ASF



Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114
 Birgit Hartwig Tel.: 55939
 Hildegard Gröger Tel.: 502415
 Julie Mildenberger Tel.: 23435

Einladung

Zur **AsF-Jahreshauptversammlung**

Am

**Mittwoch, den 01.02.06
 Um 20.00 Uhr
 August-Bebel-Haus**

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. **Aktuelles**
2. **Bericht des Vorstandes mit Aussprache**
3. **Wahl des Vorstandes**
4. **Wahl der Delegierten**
5. **Planungen für das Jahr 2006**
6. **Verschiedenes**

Mit herzlichen Grüßen

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

Protokoll der AsF-Sitzung vom 7.12.2005

1. Aktuelles

- Nachbesprechung der Bürgerinnenversammlung:
 Ungenügende Werbung, daher geringe Teilnehmerinnenzahl; Kritik wird ins Frauengruppentreffen eingebracht zur Weiterleitung an Frau Dr. Preuß
- Brief des 3.-Welt-Ladens an den OB: Stadt soll keine Produkte beschaffen, die durch ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt werden
- Termine zum Internationalen Frauentag 2006:
 8. März 2006: Generationengespräch
 11. März 2006: Veranstaltung von amnesty international

12. März 2006: Frauenempfang des SPD UB

2. Diskussion des Dialogmodells zur Aufstellung der Kommunalwahlliste

(siehe MS Dez 05/Jan 06): AsF hat keine prinzipiellen Einwände; zu diskutieren ist die Frage, ob Parteimitgliedschaft Bedingung für die Aufstellung auf der Liste sein soll oder nicht.

Planung den inhaltlichen Wahlkampfbeitrag der AsF: Broschüre mit den „Beraterinnen-gesprächen“ vom November 2000 wird wieder aufgegriffen, damalige Autorinnen werden um kritischen Rückblick und eventuelle Ergänzungen gebeten; dazu öffentliche Veranstaltung.

3. Kurze organisatorische Vorbereitung der AsF – JHV am 1. Februar 2006.

Hildegard Gröger

Protokoll der AsF-Versammlung vom 11.1.06

1. Aktuelles

- Der Frauenempfang findet am 12.3.06 11Uhr statt und wird durch den Unterbezirk veranstaltet.
- Für die Veranstaltung des Frauengruppentreffens zum 8. März werden wir den Antrag über 150 an die GKV stellen. (einstimmig)
- Barbara berichtet vom aktuellen Stand der Implementierung von Gender Mainstreaming in der Stadtverwaltung. Leider wurde das GM-Seminar, initiiert von der Gleichstellungsstelle, mangels Beteiligung abgesagt. Nun wird versucht mit Nürnberg zu kooperieren.

2. Unisex-Tarife

Da es nur noch eine Teilabsicherung durch die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere Rente und Krankenversicherung gibt, müssen sich die Menschen privat versichern. Unser erster Kritikpunkt dazu ist, dass dies nur die besser verdienenden können und nicht die Hartz IV-EmpfängerInnen. Da der Anteil der Frauen höher ist, werden die Frauen eklatant benachteiligt.

Und auch wenn sie dazu in der Lage sind, müssen sie wesentlich mehr für die

gleiche Leistung zahlen (Rentenversicherung ca. 16% und Krankenversicherung über 30%). Bei der Riester-Rente wurde das auf Initiative des AsF-Bundesvorstandes (Stellungnahme vom 31.1.2004) zum 1.1.2006 geändert, da diese Versicherung staatlich gefördert wird.

Es gibt keinen naturwissenschaftlichen Beweis für die Behauptung der deutschen Versicherungswirtschaft, die höhere Lebenserwartung der Frauen sei von Natur aus vorgegeben, in Wahrheit kommt es auf das individuelle Verhalten (Risikobereitschaft) und Lebensgewohnheiten (Art der Ernährung, Rauchen, Stress, ...) an. Geschlechtsspezifisch zu kalkulieren ist laut Frau Prof. Dr. Rust, Universität Bremen, verfassungswidrig gemäß Art. 3, 2 GG und verstößt gegen EU-Recht.

Deshalb fordern wir auch insbesondere für Betriebliche Altersversorgungen, Berufsunfähigkeitsversicherungen und Krankenversicherungen Unisextarife.

3. Themensammlung

- Hartz IV und gesetzliche Rente
- An dem Thema Frauen- und Familiengerechte Stadtplanung wollen wir zusammen mit den Distrikten weiterarbeiten.



Vorsitzende:
Birgit Brod
e-mail:
biggibrod@gmx.de

Kritische Vortragsreihe an der Uni Erlangen-Nürnberg

Im Rahmen der Proteste gegen Studiengebühren hat das Erlanger „**Bündnis gegen Studiengebühren**“ eine Veranstaltungsreihe durchgeführt, bei der die aktuelle Entwicklung des Bildungssystems kritisch beleuchtet wurde. Die Veranstaltungen wurden von der **Juso-Hochschulgruppe** mit vorbereitet.

Elite gegen Masse?

Thorsten Bultmann, Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) referierte zum Thema „Elite“. Er verfolgte die Debatte durch die Geschichte der Bundesrepublik.

In den 50er Jahren, so Bultmann, habe die Eliten-Diskussion an den Hochschulen keine Rolle gespielt. Es habe so wenig Studierende gegeben, dass diese per se die Elite gewesen seien. Erst mit dem Beginn der Massen-Hochschulen Ende der 60er und in den 70er Jahren habe die Debatte darum begonnen, ob man nicht „Begabte“ stärker fördern müsse als andere Studierende. Dazu sei schon früh die Forderung laut geworden nach einer Hierarchisierung innerhalb der Hochschulen, nach Kurzstudiengängen zur Berufsausbildung für die Mehrzahl der Studierenden und einer wissenschaftlichen Ausbildung nur für einen kleinen Kreis.

Gegeneinander stünden das Konzept der Massenhochschule und das der

Elite. Die Massenhochschule verfolge das Ziel, eine qualifizierte wissenschaftliche Ausbildung für viele Menschen bei gleichen Bedingungen für alle zu erreichen. Die Elite-BefürworterInnen dagegen argumentierten, dass die Konzentration von Mitteln auf wenige insgesamt mehr gesellschaftlichen Nutzen bringe als eine breite Ausbildung bei gleichen Bedingungen. Dabei produziere Elitenförderung „die Situation, die sie notwendig macht“. Besser geförderte Studierende könnten auch bessere Leistungen erzielen – nicht weil sie begabter seien, sondern weil ihnen mehr Mittel und Betreuung zu Verfügung stünden. Elite sei kein Leistungs- sondern ein Herrschaftsbegriff. Es gehe in einem konservativen Ansatz darum, einige wenige gut, alle anderen weniger zu fördern. Elitenförderung führe durch die Konzentration von Mitteln auf wenige dazu, dass eine Vielzahl von Studierenden schlechtere Studienbedingungen in Kauf nehmen müsse oder ganz vom Studium ausgeschlossen werde.

Ökonomisierung der Bildung

Jonas Lanig, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Nürnberg setzte sich in seinem Vortrag mit der Ökonomisierung der Bildung auseinander. Schon heute, dies stellte Lanig an den Anfang, sei Bildung nicht kostenlos. Ein Schulkind koste die Eltern ca. 1000 Euro im Jahr für Papier-, Kopier- und Büchergeld, Schulausflüge, Klassenfahrten, Exkursionen und vieles mehr. Im vorschulischen Bereich seien die Einrichtungen immer kostenpflichtig. Bei der Berufsausbildung seien heute schon in vielen Bereichen Gebühren üblich, so für die Meisterschulen, für private Berufsfachschulen, über die unter anderem in den Gesundheitsberufen fast ausschließlich ausgebildet werde. Und auch bei einem Studium vielen Kosten für den Lebensunterhalt, Bücher, Ausbildungsmittel und vieles mehr heute schon an.

Gleichzeitig werde aber die Privatisierung von Bildung, die Verlagerung von Kosten vom Staat weg hin zu den El-

tern bzw. den SchülerInnen/Auszubildenden/Studierenden immer weiter betrieben. Es komme zu „pädagogischem Outsourcing“. In der Kinderbetreuung werde das „Netz für Kinder“ gefördert, in dem Familien untereinander auf die eigenen Kinder aufpassen, statt dass diese in staatliche Einrichtungen geschickt würden. Bei der Mittagsbetreuung werde auf private Unternehmen oder die Eltern gesetzt statt auf PädagogInnen. Eltern würden teilweise bereits als Ersatz für kranke LehrerInnen in den Schulen arbeiten. Und nicht zuletzt gehe der Staat selbstverständlich davon aus, dass Eltern im „Nachhilfestudio Mama“ den Stoff mit ihren Kindern nacharbeiteten, den der Lehrer oder die Lehrerin vormittags in der Schule nicht geschafft habe zu vermitteln. Oder es müsse eben private Nachhilfe auf dem freien Markt gekauft werden; die Schule aber habe nicht mehr den unbedingten Auftrag, dass jede ihrer SchülerInnen/jeder ihrer Schüler den Stoff durch Lehrerinnen und Lehrer ausreichend vermittelt bekomme. Dieses „Outsourcing“ führe zu einer Entprofessionalisierung pädagogischer Arbeit. Viel werde nicht mehr von Fachkräften erledigt, sondern von nicht speziell ausgebildeten ehrenamtlich tätigen Eltern oder privaten MitarbeiterInnen, denen aber auch häufig die pädagogische Qualifikation fehle.

Gleichzeitig verändere Ökonomisierung aber auch die Bildung selbst. Schulen würden teilweise – z.B. in Bremen und Hamburg – schon als kommunale GmbHs unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Zwischen den Schulen komme es zunehmend zu einem Wettbewerb darum, welche Schule den SchülerInnen am meisten biete; die Politik fördere dies durch zunehmende Aufhebung der Sprengelgrenzen. Damit komme es zwar einerseits dazu, dass sich Schulen Gedanken um die Qualität ihrer Arbeit machten, andererseits würden aber Schulen zunehmend auch nur noch aus SchülerInnen einer gesellschaftlichen Gruppe bestehen, weil es zu stadtweiten Wanderungsbewegungen komme. Damit gebe es dann in der Folge Schulen, an denen – wie in Hessen geschehen – die Eltern 3 Mil-

Fortsetzung auf Seite 20

Wir gratulieren zum Geburtstag:

Februar 2006



Wir möchten allen, die im Februar ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

03.02.	Hildegard Blümel 89 Jahre
03.02.	Josef Kleber 72 Jahre
15.02.	Ingeborg Körner 77 Jahre
15.02.	Frank-Lothar Krawolitzki 73 Jahre
19.02.	Renate Albrecht 50 Jahre
19.02.	Martha Hartner 81 Jahre
19.02.	Helmut Riekert 79 Jahre
24.02.	Elfriede Krauß 75 Jahre
24.02.	Ursula Rechtenbacher 72 Jahre
28.02.	Adolf Most 80 Jahre

Frauenempfang aus Anlass des Internationalen Frauentages

In diesem Jahr findet der Empfang anlässlich des Internationalen Frauentages (8. März)

am Sonntag, 12. März 2006 von 11 bis 13 Uhr statt.

Ort und Programm werden im nächsten Monatsspiegel und in der persönlichen schriftlichen Einladung stehen, die Ende Februar herausgeht.

Für den Unterbezirk

Heide Mattischeck

Sparkassen-Finanzgruppe

Jetzt Check-in-Ticket holen und gewinnen!

Schneller ans Ziel mit dem Sparkassen-Finanzkonzept.
Sicherheit, Altersvorsorge, Vermögen.

 Sparkasse Erlangen

Haben Sie bei Krankheit oder Unfall auch nach sechs Wochen noch Ihr gewohntes Einkommen? Schließt Ihr Vermögensaufbau die private Altersvorsorge ein? Finanziell gibt es viel zu regeln. Machen Sie deshalb zuerst Ihren Finanz-Check. Holen Sie sich Ihr Check-in-Ticket! Und gewinnen Sie einen der wertvollen Preise im großen Gewinnspiel! Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

Fortsetzung von Seite 13

„Konzerne eignen sich die Welt an“

kraten, sie müssen aufgelöst werden. Denn jeden Tag sterben Menschen wegen ihrer Politik. Im Niger etwa stehen heute 3,6 Millionen Menschen am Abgrund. Der IWF hat die Bildung von Lebensmittelreserven letztes Jahr verhindert. Jetzt hat er verboten, dass Hirse gratis verteilt wird, weil dies marktverzerrend sei. Das ist mörderisch.

Wie beurteilen Sie das Ergebnis des WTO-Gipfels in Hongkong?

Es ist ein kosmetisches Minimalergebnis, das den ärmeren Ländern kaum nützt. In wichtigen Fragen, wie beim Baumwollstreit, gab es keine Einigung. Der in Hongkong beschlossene Abbau der Exportsubventionen im Agrarbereich kommt viel zu spät, erst 2013. Und die Produktionssubventionen in den USA und der EU bleiben bestehen. Damit kann die skandalöse Dumpingpolitik fortgesetzt werden: Lokale Märkte in Entwicklungsländern werden weiter durch subventionierte Billigprodukte aus der EU und den USA zerstört. So werden Sie etwa auf dem Markt in Dakar im Senegal auch in Zukunft europäisches Gemüse zu einem Bruchteil des einheimischen Preises kaufen können. Die Bauern dort haben keine Chance. Und auch die Zusage an die allerärmsten Länder, in Zukunft ohne Zollschränken in die Industrieländer exportieren zu können, hat einen entscheidenden Haken: Sie soll nur für 97 Prozent der Produkte gelten. Die für die einzelnen Entwicklungsländer entscheidenden Produkte können so gezielt ausgeschlossen werden. Zum Beispiel wird Japan weiterhin 750 Prozent Importzoll auf kambodschanischen Reis erheben können.

Wieso können die Industrieländer in der WTO immer wieder ihre Interessen durchsetzen?

Die WTO-Regeln sind unfair, es sind diskriminierende, intransparente Erpressungsmechanismen. Die EU, USA, Kanada, Australien und Japan, die 81 Prozent des Welthandels kontrollieren, diktieren den Verhandlungsprozess. Die so genannte Konsensregel – alles muss einstimmig beschlossen werden

– ist eine reine Lüge: Sie nützt den Reichen, die einen Konsens mit wirtschaftlichen Versprechungen oder Drohungen erzwingen können. Zudem haben viele ärmere Länder gar nicht die finanziellen Mittel, an den langwierigen Verhandlungen ständig teilzunehmen und sind schlecht informiert. Ich bin für Welthandelsregeln, aber nicht für diese. Stattdessen muss es gerechte Regeln geben: frei ausgehandelt, ohne Zwang, nach den Prinzipien von Fairness und Transparenz.

Sehen Sie auch positive Entwicklungen?

Ja, das Bewusstsein weltweit steigt. Schon beim WTO-Gipfel in Cancún und jetzt in Hongkong hat eine neue, erfolgreiche Symbiose stattgefunden zwischen Zivilgesellschaft und den Delegationen der Entwicklungsländer. Die Zivilgesellschaft wird immer stärker in der Welt.

Interview: Ralf Willinger

© Copyright Frankfurter Rundschau
Ausgabe: Deutschlandausgabe (Nr. 4)
Datum: Donnerstag, den 05. Januar 2006
Seite: 10

Fortsetzung von Seite 18

Kritische Vortragsreihe an der Uni Erlangen-Nürnberg

lionen Euro für eine neue Turnhalle sammeln oder andere Dinge „sponsorn“ könnten, auf der anderen Seite aber die Schulen, die keine solventen Eltern hätten und damit im „Wettbewerb“ zurückfielen.

Dritter relevanter Punkt der Ökonomisierung sei, dass die Wirtschaft zunehmend in der Bildung mitmische. In Nordrhein-Westfalen sei die Bertelsmann-Stiftung in zwei Schulbezirken für die Erprobung von Lernsoftware zuständig. Wirtschaftsverbände seien bei der Erstellung von Lehrplänen beteiligt, weite Teile der Lehrerfortbildung würden von Unternehmen organisiert, die Evaluation von Schulen werde häufig an UnternehmerInnen übertragen. Unternehmen engagierten sich aber nicht aus Gemeinwohlinteressen, sondern mit dem Zweck, Vorteile zu erlangen. Hier müsse die Politik daher steuernd eingreifen.

Studiengebühren: Soziale Abfederung a la Goppel

In einer Pressemitteilung vom 18.1. räumt Wissenschaftsminister Goppel im Zusammenhang mit der geplanten Einführung von Studiengebühren einer sozialen Abfederung hohe Priorität ein.

„Die entscheidenden Zielsetzungen bei der Einführung von Studienbeiträgen sind die Verbesserung der Studienbedingungen und die soziale Abfederung“, so der Minister.

Wolfgang Vogel, hochschulpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion hat beim traditionellen Auftritt des SPD-Fraktionskabarets „Hohn und Spott“ beim Fraktionsabend am Dienstagabend in Irsee die Verlautbarungen Goppels vorweggenommen und bereits vorab auf den tiefer liegenden Sinn der Aussagen verwiesen:

Korrekte Sprache:

Weil die Einführung von Studiengebühren das Studium nur den Reichen vorbehält,

jungen Leuten Bildungschancen raubt, Eliten absichert,

Studierende zum Arbeiten statt zum Lernen zwingt,

behaupten unverbesserliche Sozialromantiker die Studenten würden jetzt wie Weihnachtsgänse gerupft.

Goppel nennt das anders.

Er beherrscht die deutsche Sprache und sagt:

„Sprechen wir doch nicht vom Rupfen, nennen wir es lieber sozial abfedern!“

Vogel: „Mit der Einführung der Studiengebühren und der sozialen Abfederung a la Goppel wird sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg noch weiter verschärfen. Kinder aus sozial schwächeren Familien werden sich von Gebühren oder einer drückenden Schuldenlast nach dem Studium weit stärker von einem Studium abschrecken lassen als bisher.“



Mit zaghaftem Reförmchen wird Chance zur Weichenstellung in bayerischer Hochschulpolitik verpasst

Zum Auftakt der Beratungen zur Reform der Bayerischen Hochschulgesetze warnt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Vogel, die Staatsregierung davor, die Chance zu einer Weichenstellung in der bayerischen Hochschulpolitik mit einem „zaghaften Reförmchen“ zu verpassen:

„Jetzt müssen die Forderungen der bayerischen Hochschulen nach mehr Eigenverantwortung und Flexibilität endlich umgesetzt werden. Der bayerische Sonderweg der staatlichen Gängelung der Hochschulen hat ausgedient: Die Hochschulen brauchen neue rechtliche Instrumente, um demokratisch strukturiert und wirtschaftlich autonom handeln zu können. Um den gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, muss dieses Verständnis von Eigenverantwortung dringend erweitert werden,“ betont der SPD-Hochschulsprecher.

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit ihrem Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes den Weg zu einer konsequenten Hochschulreform vorgegeben: Mehr Autonomie für die Hochschulen vergrößert die Handlungsspielräume. Stichworte hier sind Globalhaushalte, Innovationsfonds zur Förderung zukunftsweisender Initiativen und Zielvereinbarungen. Mehr Autonomie wird flankiert durch eine grundlegende Demokratisierung der Entscheidungsprozesse an den Hochschulen.

Zentrales Ziel einer Hochschulreform, muss die Verbesserung der Qualität der Hochschulausbildung für alle Studierenden und die Chancengleichheit beim Hochschulzugang sein. Der Staat stehe in der Verantwortung, die Hochschulen mit langfristig garantierten verbesserten Mittelzuweisungen auszustatten. Nur so können sie angesichts steigender Studierendenzahlen die neuen Herausforderungen wie Internationalität, Qualitätsentwicklung in Forschung und Lehre und moder-

nes Hochschulmanagement bewältigen.

„Mit der Einführung der Studiengebühren stiehlt sich die Staatsregierung aus dieser Verantwortung. Die Studierenden nun abzukassieren, wird den Hochschulen längst nicht die Vorteile bringen, wie es die Staatsregierung ihnen weismachen will: Nach Abzug aller Kosten, die die Verwaltung der Gebühren an den Hochschulen verursachen wird, und der 10 Prozent für den Sicherungsfond wird einer Verbesserung der Studienqualität nur noch ein Bruchteil der Gebühren zugute kommen. Die SPD-Fraktion lehnt die Einführung von Studiengebühren klipp und klar ab. Bildung muss weiterhin eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe bleiben.“

Weit abgeschlagen liegt Bayern im bundesweiten Vergleich bei der Frauenförderung an den Hochschulen. Reine Männerdomänen sind die Leitungsfunktionen an den bayerischen Hochschulen und mit 7,6 Prozent ist der Frauenanteil an den Professuren seit Jahren unverändert niedrig. „Bei der Frauenförderung sind neue Weichenstellungen längst überfällig. Die CSU-Staatsregierung ist bei der Frauenförderung seit Jahrzehnten tatenlos und wird den Anteil der Frauen an den Hochschulen mit ihrem Hochschulgesetzentwurf auch in Zukunft nicht erhöhen können. Nur mit konkreten Maßnahmen und Zielvorgaben ist eine Förderung erfolgreich.“

Die SPD-Landtagsfraktion hat in ihrem Gesetzentwurf zahlreiche Maßnahmen vorgelegt, den Anteil von Frauen entscheidend zu erhöhen und die Hochschulen durch verbindliche Zielvorgaben in diesem Bereich zu fördern: Frauenförderpläne mit verbindlichen Zielquoten, die Inhalt von Zielvereinbarungen zwischen Politik und Hochschule werden und an die Mittelzuweisungen für die Hochschulen gekoppelt sind, die Erweiterung der Rechte und Befugnisse der Frauenbeauftragten, und den Ausbau der Frauen- und Genderforschung.

Wie Stoiber fliegen geht... Der Transrapid macht's möglich

Eine Rede

„Wenn Sie vom Hauptbahnhof in München mit zehn Minuten ohne dass Sie am Flughafen noch einchecken müssen dann starten Sie im Grunde genommen am Flughafen am am Hauptbahnhof in München starten Sie ihren Flug zehn Minuten schauen Sie sich mal die großen Flughäfen an wenn Sie in Heathrow in London oder sonstwo meine s Charles de Gaulle in äh Frankreich oder in Rom wenn Sie sich mal die Entfernungen ansehen, wenn Sie Frankfurt sich ansehen dann werden Sie feststellen dass zehn Minuten Sie jederzeit locker in Frankfurt brauchen um ihr Gate zu finden - Wenn Sie vom Flug- äh vom Hauptbahnhof starten Sie steigen in den Hauptbahnhof ein Sie fahren mit dem Transrapid in zehn Minuten an den Flughafen in an den Flughafen Franz-Josef Strauß dann starten Sie praktisch hier am Hauptbahnhof in München - das bedeutet natürlich daß der Hauptbahnhof im Grunde genommen näher an Bayern an die bayerischen Städte heranwächst weil das ja klar ist weil aus dem Hauptbahnhof viele Linien aus Bayern zusammenlaufen.“

Den Text kann man auch im Original anhören unter

<http://www.bayernspd-landtag.de/>



SPD - Rathaustelegramm

Bald auch in Erlangen: Stolpersteine gegen das Vergessen

Schon vor über einem Jahr hatte sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, ebenso wie inzwischen in vielen anderen deutschen Städten sogenannte Stolpersteine mit den Namen der während des Hitlerfaschismus ermordeter jüdischer Mitbürgerinnen in das Straßenpflaster einzubauen. Nach langer und sorgfältiger Beratung, kompetent und einfühlsam begleitet durch Ilse Sponzel, die Beauftragte für die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, hat nun der Stadtrat 50 Jahre nach Kriegsende in seiner letzten Sitzung im Jahr 2005 mit ganz großer Mehrheit beschlossen: Auch in unserer Stadt sollen Stolpersteine an dieses bisher dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnern!

Ursula Lanig, Kultursprecherin der Fraktion, führte dazu aus: „ Gerade dass die Stolpersteine dort verlegt werden, wo die Opfer einst als Bürger dieser Stadt lebten, hält die Erinnerung an dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit wach. Die Steine geben ihnen wieder ihren Namen und erzählen mit Ort und Jahreszahl, was aus ihnen geworden ist. Sie geben ihnen symbolisch die Stelle im heutigen Leben, die ihnen so grausam genommen wurde. Und: Dieser Art des Anstoßes zur Erinnerung kann nicht ausgewichen werden.“

SPD-Fraktion erfolgreich: Erlanger Stadtrat lehnt Erweiterung der Tank- und Rastanlage Aurach einstimmig ab

In der Dezember-Sitzung hat der Erlanger Stadtrat die Erweiterung der Tank- und Rastanlage Aurach an der A 3 einmütig abgelehnt. Die SPD-Fraktion hatte bereits im November den beginnenden Bürgerprotest in Stadt und Landkreis erfolgreich aufgegriffen: Stadtrat Jose Ortega hatte eine sofortige Bürgerversammlung und eine Offenlegung aller Informationen über das Projekt im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss gefordert. Dabei hatte sich herausgestellt, dass die Verwaltung schon seit Monaten Bescheid wusste.

Vor der Dezember-Stadtratssitzung hatte die SPD in einem Antrag den Protest der Bürgerinnen und Bürger, des Naturschutzbeirates und des Bundes Naturschutz zusammengefasst:

Die Ausbaupläne sind völlig überdimensioniert. Sie beeinträchtigen nicht nur in besonderem Maße die Bewohnerinnen und Bewohner der Erlanger Stadtteile Häusling und Steudach, sie sind auch ein nicht hinzunehmender Eingriff in das bestehende Naturschutzgebiet. Die zum Ausbau benötigten Grundstücke der Stadt Erlangen - eine Fläche von 4,5 ha. - werden solange nicht verkauft, bis die Erweiterungspläne den Anforderungen und Belangen der Bürgerinnen und Bürger sowie dem Landschaftsschutz gerecht werden. Bei der Regierung von Mittelfranken wird Einspruch gegen das Projekt eingelegt.

CSU/FDP/FWG-Mehrheit im Stadtrat verordnet höhere Eintrittspreise für die Erlanger Schwimmbäder

Im Rahmen des Beschlusses über den Haushalt 2006 hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Erlanger Stadtrat nun die Eintrittspreise ab 1.1.2006 für die Erlanger Schwimmbäder (Röthelheimbad, Hannah-Stockbauer-Halle, Freibad West) angehoben. Nur im Hallenbad Frankenhof bleiben die Preise stabil. Die Erlanger Stadtwerke als Betreiber des Bades waren nicht bereit, die Erhöhung mitzutragen.

„Die Zahl der Kinder, die nicht schwimmen können, wächst rasant. Im Röthelheimbad haben wir einen ganz hohen Sanierungsbedarf, und das Konzept für die Zukunft der Erlanger Bäder ist immer noch nicht klar. In dieser Situation die Eintrittspreise zu erhöhen ist gesundheits- und sportpolitisch ein ganz fatales Signal“, so Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas. Die SPD-Fraktion hat die Erhöhung abgelehnt. Sie hatte einen ausgeglichenen Haushalt ohne höhere Eintrittspreise vorgelegt.

Erst zum 1.1.2003 waren die Bädergebühren zuletzt erhöht wurden. Zwar sollen Kinder von der Erhöhung ausgenommen werden; es trifft aber die Sportvereine mit ihren zahlreichen Kinder- und Jugendschwimmkursen - die Miete pro Bahn wird deutlich teurer -, es trifft Familien und alle Bürgerinnen und Bürger, die Gesundheitsvorsorge durch regelmäßiges Schwimmen betreiben, erheblich.



SPD – Rathaustelegramm

Alterlangen: SPD-Fraktion fordert frühzeitige Bürgerbeteiligung an der Entwicklung des ehemaligen Cesiwid-Geländes

Das Gelände der ehemaligen Firma Cesiwid im Süden der Stadtrandsiedlung in Alterlangen bietet die Möglichkeit, den Stadtteil behutsam weiter zu entwickeln. Wichtig ist dabei, dass dies gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern geschieht und nicht einseitig ausgerichtet an Investoren-Interessen.

Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass auf dem Gelände im nördlichen Teil Wohnbebauung und im Süden an der Neumühle ein Lebensmittelmarkt entsteht. Damit könnte im Süden der Stadtrandsiedlung der für die Nahversorgung so dringend benötigte Ersatz für den geschlossenen Edeka-Markt an der Schallershofer Straße geschaffen werden.

„Die Stadt muss nun“, so die SPD-West-Stadträte Ingrid Kiesewetter, Fred Milzarek und Felizitas Traub-Eichhorn, „zügig einen Rahmenplan aufstellen. Hierbei ist einerseits auf die Interessen der Eigentümer des Geländes Rücksicht zu nehmen. Andererseits ist aber auch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung sicherzustellen, deren Ergebnisse ebenso in den Bebauungsplan einfließen müssen.“

SPD fordert familienfreundlichen Standort für Kindertagesstätte im Rötelheimpark

Der derzeit vom Baureferenten favorisierte Standort für eine weitere Kindertageseinrichtung in unmittelbarer Nähe des Gewerbegebietes (OBI) ist indiskutabel. Das sieht auch die Kinderbeauftragte der Stadt Erlangen so. Nach Auffassung der SPD-Fraktion ist der ursprünglich geplante Standort inzwischen ebenfalls problematisch. Dazu Birgit Hartwig, SPD-Sprecherin für Kinder, Jugend und Freizeit: „Bedauerlicherweise hat es die Stadtplanung versäumt, sofort nach Streichung des ersten Standortes eine im Sinne der Familienfreundlichkeit angemessene Alternative festzulegen“. Für die SPD-Fraktion ist dies eine zentrale Lage inmitten der Wohnbebauung mit fußläufiger, sicherer Erreichbarkeit und ausreichender Besonnung.

Die Bebauung im Umfeld dieses ersten Standortes ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass zwar noch ausreichend Platz ist für die geplante Kindertageseinrichtung; Kinder im Schulalter, Jugendliche, Familien sowie Seniorinnen und Senioren brauchen aber ebenfalls genug Freiraum für Sport und Spiel sowie für nachbarschaftliche Begegnung und Förderung des Zusammenhaltes im Wohnquartier. Übermäßige Verdichtung programmiert erfahrungsgemäß Nachbarschafts- und Generationenkonflikte vor. Die SPD hat sich daher in einem Antrag dafür stark gemacht, dass sich der Baureferent erneut - und dieses Mal sorgfältig und familienorientiert - auf die Suche begibt. Gleich Anfang 2006 soll es neue Vorschläge geben. Wir sind gespannt.

Stadtrundfahrt anlässlich der Halbzeitbilanz der SPD-Stadtratsfraktion

Die Fahrt zu wichtigen Orten der Erlanger Stadtentwicklung dauert ca. 3 Stunden. Sie startet und endet am Museumswinkel, Gebbertstr. 1, 91052 Erlangen

am 4.2.06 um 14 Uhr,

wer mit möchte, kann sich in der Fraktion melden

Unsere weiteren Anträge:

- Feuerwehr: Gemeinsamer Antrag von CSU und SPD
- Mehrgenerationenwohnen in Erlangen

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon 09131-862225
Fax 09131-862181
Mail spd@erlangen.de
Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Christian Pech

Ehrung unserer langjährigen Mitglieder auf der KMV am 13.12.2005



Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt Werner Fischer und Walter Görnitz



Für 50 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt Gerd Junghänel



von links: R. Thaler, Walter Görnitz, Gerd Junghänel, Werner Fischer, Ursula Lanig, Dieter Rosner

von links: Werner Irsigler, Beate Herbrig, Robert Thaler, Anni Ramming, Werner Fischer, Ursula Lanig, Uta von Stengel, Dieter Rosner, Gerd Junghänel, Walter Görnitz

SPD